Nationalitäten

# Letztes Schlachtfeld

Ende der Ruhe in Belorußland: Die große Tschernobyl-Demonstration stärkte die Opposition.

Die Angst vor der Stimme des Volkes war beträchtlich: In Minsk, Hauptstadt der Republik Belo- (oder Weiß-)rußland, beorderten Chefs ihre Angestellten für den Tag der geplanten Demonstration an die Arbeitsplätze zurück. In anderen Städten war ein „Subbotnik" angesetzt, ein unbezahlter Arbeitstag als Erntehelfer.




**Anti-Atom-Demo in Minsk:** Eine halbe Million evakuieren

Den lange angekündigten „Tschernobyl-Marsch" der oppositionellen Volksfront „Adradschenje" (Wiedergeburt) verboten die Behörden kurz vor Beginn.

Es nutzte nichts. Am vorletzten Samstag marschierten 30 000 Menschen bei Regen und Temperaturen knapp über null Grad den Lenin-Prospekt hinunter zum Regierungsgebäude. Sie protestierten gegen die jahrelange Fahrlässigkeit der Behörden nach dem bislang schwersten Reaktorunfall der Welt. 70 Prozent des Fallouts von Tschernobyl trafen Belorußland.

„Die Menschen leiden an allen möglichen Krankheiten", meldeten Demonstranten. „Die Zahl leukämiekranker Kinder nimmt zu." Hartnäckig diskutierten die Marschierer noch immer Gerüchte, die Behörden hätten eine damals gen Moskau ziehende Wolkenfront mit Strontium und Cäsium über der belorussischen Stadt Mogiljow abregnen lassen.

Sie forderten die Evakuierung mindestens einer halben Million Menschen, darunter 60 000 Kindern, die noch immer in den am stärksten verseuchten Gegenden leben müssen. Die Demonstranten protestierten dagegen, daß einige Kolchosen wieder begonnen haben, die Felder im Sperrgebiet zu bewirtschaften. Redner verlangten strafrechtliche Verfolgung derjenigen, die vor drei Jahren Strahlenmeßwerte verheimlichten und Hilfsmaßnahmen unterließen.

Das richtete sich vor allem gegen den Parteichef Belorußlands, Jefrem Sokolow, und seinen Vorgänger Nikolai Sljunkow, der heute im Moskauer Politbüro sitzt. Zehn Millionen Rubel Schadenersatz forderte Senon Posnjak, der Chef der Volksfront.

Die Veranstaltung endete mit dem Läuten einer Totenglocke für die Opfer des Kraftwerkunfalls und für all jene, „die noch nicht wissen, daß auch sie Opfer sind".

Die Machthaber im Regierungspalais hatten keine Milizen aufgeboten – obwohl in Belorußland noch immer Breschnew-Zöglinge regieren. „Wir sind das letzte Schlachtfeld einer Perestroikafeindlichen Administration", klagt der Publizist Ales Adamowitsch.

Das könnte sich ändern. Der Abgang des Parteivorsitzenden der Nachbarrepublik Ukraine, Wladimir Schtscherbizki – auch er ein Fossil der „Stagnationsperiode" –, macht den Oppositionellen in Minsk Mut. Jetzt fühlt sich die im vergangenen Juli im benachbarten Litauen gegründete Dachorganisation einiger Dutzend Oppositionsgruppen stark genug, ihr eigentliches Ziel zu verfolgen, die Stärkung der nationalen Identität Belorußlands.

Nationalismus wittern die Staatsbeamten, wenn jemand sie in belorussischer Sprache anspricht, die sie trotz Zugehörigkeit zu derselben (ostslawischen) Sprachgruppe meist nicht verstehen. Zwar gibt es keine Konflikte mit der russischen Minderheit, die etwa ein Sechstel der zehn Millionen Einwohner Belorußlands stellt. Doch das Land ist die erste sowjetische Republik, „in der die Mundart eines lebenden Volkes zu sterben droht", wie Pjotr Sadowski, Mitglied einer belorussischen Sprachkommission, befürchtet.

Den Ruf der Volksfront nach mehr Unterricht in der Muttersprache beantwortete das Bildungsministerium überraschend flexibel. Seit Beginn des neuen Schuljahres wird in einigen Fächern nicht mehr nur auf russisch unterrichtet. Die Folge: Lehrer fühlen sich überfordert, weil das Belorussische für sie ein fremdes Idiom geworden ist.

Viele Einwohner beherrschen heute nur noch ein „wildes Sprachgemisch", sagt der Schriftsteller Wassil Bykow. „Wer reines Belorussisch spricht, kommt entweder von der Kolchose oder von der Volksfront", so Stanislaw Schuschkewitsch, ein Volksdeputierter und Physikprofessor. Mit weitergehenden Forderungen bleibt die Opposition allerdings erfolglos.

Der erste Versuch, ein selbstgedrucktes Manifest der Front herauszugeben, endete mit einer Hausdurchsuchung und der Beschlagnahme des Nachrichtenblatts *Nawiny*. Die Firmenpostille *Für den technischen Fortschritt* der Minsker Kugellager-Fabrik druckte das Volksfront-Programm, fügte aber jedem Absatz eine Gegenargumentation hinzu. Schlußfolgerung der Redaktion: „Da im Rahmen des sozialistischen Pluralismus die Medien verschiedenen Meinungen Raum geben, besteht kein Bedarf an weiteren Organen."

Pünktlich zur Tschernobyl-Demonstration hatte die *Prawda* landesweit über die erste Sitzung eines „Rates der Arbeiterkollektive Belorußlands" berichtet: Der Hauptredner, Parteichef Sokolow, rief die Werktätigen zum Kampf gegen „vaterlandsfeindliche Sektierer" auf.

Aus Moskau kann die belorussische Volksfront wohl vorerst nicht auf Unterstützung hoffen. Zwar treten die Aktiven noch immer für Gorbatschow ein, werfen ihm aber gleichzeitig vor, er schöpfe seine eigenen Reformen nicht aus. „Konzessionen an die Reaktionäre" seien unübersehbar.

Volksfrontchef Posnjak: „Wir leben in der Stagnationsphase der Perestroika." ◄